Wir geben in Anlage 1 einen Essay von Peter Vonnahme, ehemals Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof, zum Thema: „Ukraine – ein Musterfall von double standards und Totalausfall staatsmännischer Kunst“ wieder. Der Autor skizziert die selbstgerechte Heuchelei des Westens, die Völkerrechtsbrüche und die inakzeptable „Grenzüberschreitung“ durch den Westen – durch die USA und in ihrem Gefolge durch EU und Nato. – Sehr lesenswert. – Dann weisen wir in Anlage 2 beispielhaft auf den Fall einer konkreter Manipulation durch das Heute Journal des ZDF hin, in Anlage 3 auf die Einseitigkeit des Deutschlandfunks und in Anlage 4 auf den Einsatz der GfK aus Nürnberg in der Ukraine. – Wir bitten um Entschuldigung dafür, dass wir das Thema „Ukraine“ so intensiv bearbeiten. Aber leider gilt hier der Satz von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ **Albrecht Müller**

Anlage 1:

Ukraine – ein Musterfall von double standards und Totalausfall staatsmännischer Kunst
Von Peter Vonnahme
Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof (i.R.)

Es gab eine Zeit, da flogen die deutschen Herzen Michail Gorbatschow und – in seinem Gefolge – Russland zu. Ohne ihn hätte es die deutsche Wiedervereinigung nicht gegeben. Wir waren dankbar. Das Grauen des Zweiten Weltkriegs und die lähmende Nachkriegszeit waren zwar nicht vergessen, aber für das Deutschland der ausklingenden Kohl-Ära war Russland ein respektabler Partner geworden.
Diese freundliche Grundstimmung hielt nicht an. Unter amerikanischer Anleitung nörgelte die deutsche Politik bald wieder an Russland herum. Spätestens als Schröder seinen Neufreund Putin zum lupenreinen Demokraten adelte, war es chic, diesen und Russland zu kritisieren. Putin machte es seinen Kritikern allerdings auch nicht besonders schwer. Er ging stur seinen Weg, der mit den Wertvorstellungen des demokratischen und vorbildhaften Westens schwer vereinbar war. Was immer Putin tat, es stand unter dem Generalverdacht des Bösen. Daran änderte sich auch nichts, als es Dank russischer Vermittlung gelang, einen drohenden Bombenkrieg abzuwenden (Syrien) oder einen brandgefährlichen Konflikt einzudämmen (Iran). Putin galt im Westen weithin als autoritäre Unperson. „Seine“ Olympischen Spiele wurden schon im Vorfeld schlechtgeredet. Petitessen wurden mit Häme bedacht (erinnert sei an den nicht aufgehenden olympischen Ring in der Eröffnungsfeier!). Die sonst allgegenwärtige Bundeskanzlerin „bestrafte“ Putin mit ihrer Abwesenheit. Auch ansonsten konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Pflege des deutsch-russischen Klimas den ehemaligen DDR-Bürgern Merkel und Gauck nicht gerade eine

Herzensangelegenheit ist.

Demgegenüber wurden imperiale Ausbrüche der Weltmacht USA hierzulande wenn überhaupt, dann verschwurbelt kritisiert. Nie wurden sie als das bezeichnet, was sie tatsächlich waren – flagrante Völkerrechtsverstöße. Stein des Anstoßes war meist nicht der Krieg als solcher, sondern die Kriegskosten und die Unfähigkeit, angefangene Kriege ordentlich zu Ende zu bringen. Beim allfälligen politischen Schaulaufen zwischen Obama und Putin war stets klar, wer der Sheriff ist und wer der Halunke. Der eine stand für Demokratie und Freiheit, der andere für Staatsallmacht und Unterdrückung.

Wir leben seit Langem in einer Kultur der Vereinfachung, der double standards und der selbstgerechten Heuchelei. Der Vorteil liegt auf der Hand: Die Welt ist einfach: hie gut, da böse. Aber leider ist dieses Bild zu einfach.

Tatsache ist nämlich, dass der Westen unter der Führung der USA und der Nato seit den 90er Jahren (Zerfall der Sowjetunion) verstärkt eine Strategie der Machtausweitung und – spiegelbildlich dazu – eine Politik der Zurückdrängung Russlands verfolgt. In den letzten Jahren beteiligte sich zunehmend die EU an der Umzeichnung der geopolitischen Landkarte. Auch Deutschland vergaß parallel mit seinem wirtschaftlichen Kraftzuwachs seine zurückhaltende Rolle. Jüngst waren sich Bundespräsident, Außenminister und Verteidigungsministerin an einem Wochenende(!) einig, dass Deutschland wieder mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Auf russische Befindlichkeiten und aus der Geschichte erklärbare Ängste wurde im Gefühl gewachsener weltpolitischer Bedeutung wenig Rücksicht genommen.
Es war für Russland bereits eine schwerwiegende Veränderung seiner Sicherheitsarchitektur, als die DDR Teil des Nato-Systems wurde. Das widersprach westlichen Zusicherungen im Zusammenhang mit der russischen Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung. Schlimmer für Russland war, dass frühere Ostblockstaaten in die EU und sogar in die Nato aufgenommen wurden. Auch Teile Ex-Jugoslawiens wurden dem westlichen Bündnissystem zugeführt. Altkanzler Schröder räumte jüngst selbstkritisch ein, dass die vorausgegangen Bombardements ein Verstoß gegen das Völkerrecht waren. In Grenznähe zu Russland wurden Raketenstellungen geplant (Tschechien, Polen) – natürlich ohne vorherige Konsultationen. In Georgien, südlicher Nachbar Russlands, wurde ein vom Westen ermutigter Abenteurer zu einem (missglückten) militärischen Abenteuer verlockt. Länder im nahen und mittleren Osten wurden mit teilweise abenteuerlichen Begründungen in das geostrategische amerikanische Machtsystem eingebunden (Afghanistan, Irak, Libyen). Bei jedem dieser Schritte legte sich die Halsschlinge enger um Russland. Außerdem wurde im russlandfreundlichen Syrien ein desaströser Bürgerkrieg angeheizt und in Ägypten eine westorientierte Militärjunta reinstalliert. Nebenbei wurde ein

Militärschlag gegen den Iran, der sich amerikanischem Druck bisher erfolgreich widersetzt hat, propagandistisch vorbereitet.

Diese Darstellung mag holzschnittartig vergröbert sein, aber sie skizziert die im letzten Vierteljahrhundert erfolgte Veränderung der globalen Machtbalance zu Lasten Russlands in Umrissen. Sie lässt erahnen, wie die russische Seele über Jahre hinweg aufs Äußerste gereizt worden ist. Doch der entkräftete russische Bär musste nach dem Zerfall des Sowjetimperiums in der Schwächephase der Gorbatschow/Jelzin-Ära zähneknirschend zuschauen.

Und dann kam der von Obama, Kerry, Merkel, Steinmeier & Co. geförderte „Volksaufstand“ in der Ukraine, angeführt von Vorzeigedemokraten wie Timoschenko und Klitschko und freudig begrüßt von dem in Deutschland hoffierten Oligarchen und Putinfeind Chodorkowskij. Man muss kein Freund des patriotischen Präsidenten eines wiedererstarkten Russlands sein, um zu begreifen, dass für ihn und für viele seiner Landsleute die anvisierte Eingliederung der Ukraine in die EU (und demnächst auch in die Nato) eine inakzeptable Grenzüberschreitung darstellt. Wenn Putin nicht sein Gesicht verlieren wollte, musste er handeln. Denn selbst der Dümmste im Kreml konnte nicht länger übersehen, dass die deutsche Bundesregierung, die EU-Kommission und die US-Administration seit Jahren versuchen, der Ukraine mit allen Mitteln ökonomischer Verlockung und politischer Erpressung die Westeinbindung schmackhaft zu machen. Es war unverfroren, als deutsche, amerikanische und polnische Politiker wildentschlossenen Demonstranten auf dem Maidan ihre Solidarität versicherten, unmissverständlich einen Regimewechsel herbeiredeten und zu diesem Zweck Geldversprechen in Milliardenhöhe abgaben – mit dem klaren Ziel, die Ukraine aus der historischen Beziehung zu Russland herauszulösen.

Testfrage: Wie würden die USA reagieren, wenn heute in ihrer Grenznähe (etwa in Mexiko oder in Kanada) ein von außen entfachter Volksaufstand ausbräche? Zumal dann, wenn namhafte Vertreter Moskaus oder Pekings in den Hauptstädten dieser Nachbarstaaten die revoltierenden Massen anheizen würden?
Wer immer noch kein Verständnis für den derzeitigen russischen Alarmismus aufbringt, der möge sich an die amerikanische Reaktion auf die im Jahre 1962 begonnene Aufstellung russischer Raketen in Kuba, dem Vorhof der USA, erinnern. Noch nie stand die Welt so dicht vor einem weiteren Weltkrieg!

Natürlich ist es das unverbrüchliche Recht eines jeden Volkes, selbst zu bestimmen, wohin es sich orientieren will. Das gilt für die Ukrainer ebenso wie für die Bewohner der Krim. Kompliziert wird es, wenn durch Änderungswünsche ethnische Bindungen berührt werden

und bestehende Grenzen verändert werden sollen. Dann drohen Unruhen und Gewaltausbrüche. Dann beginnt die Stunde der Mobilmachungen und Sanktionen. Obama kündigt an, den für 4. und 5. Juni vereinbarten G8-Gipfel in Sotschi einseitig platzen zu lassen. Das ist kontraproduktiv. Die Frage sollte eher sein, ob der Termin vorgezogen werden kann. Eigentlich wäre dies die hohe Stunde der Diplomatie, der Verhandlungen und des Völkerrechts.

Volksaufstände und Sezessionswünsche setzen nämlich das Völkerrecht nicht außer Kraft. Das Gegenteil ist der Fall: Solche Vorgänge sind seine Bewährungsprobe. Das internationale Recht verpflichtet alle Staaten zur Respektierung der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit anderer Staaten. Außerdem sind internationale Streitigkeiten friedlich beizulegen (Art. 2 UN-Charta).

Einseitig erklärte Sezessionen sind unzulässig. Das gilt erst recht für Umgliederungen unter Anwendung militärischer Gewalt. Deshalb sind alle Maßnahmen, die auf eine einseitige Abtrennung der Krim aus dem ukrainischen Staatsverband hinauslaufen, rechtswidrig und zwar auch dann, wenn sie im Einvernehmen mit der Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim getroffen würden. Ein Anschluss an Russland wäre demnach nur mit Zustimmung des ukrainischen Staates rechtmäßig, aber diese liegt nicht vor. Auch der Beschluss der russischen Duma, zum Schutz der eigenen Landsleute in der Ukraine notfalls bewaffnete Truppen einzusetzen, ist völkerrechtswidrig.
Gleichwohl ist die vom Westen erhobene Kritik an russischen Völkerrechtsverletzungen doppelbödig. Denn der demokratische Westens hat auch keine weiße Weste: Bosnien und Kroatien sind keine Vorbilder für geglückte Sezessionen. Auch die einseitige Unabhängigkeitserklärung der serbischen Provinz Kosovo war völkerrechtswidrig, weil sie gegen den Willen Serbiens erfolgt ist. Es geht auch anders (z.B. Aufteilung der CSSR in Tschechien und der Slowakei).

Ein weiteres Problem kommt hinzu. Die Legitimation der derzeitigen Machthaber in Kiew ist schwach. Einerseits werden sie durch faschistische Gruppierungen gestützt. Andererseits sind sie nicht durch eine Wahl, sondern durch einen Umsturz an die Macht gekommen. Insofern gleichen sie der neuen Krim-Führung. Wenn allerdings der amtierende ukrainische Regierungschef Jazenjuk mit Blick auf die Krim-Machthaber wettert, sie seien eine Gruppe von Kriminellen, die auf verfassungswidrige Weise die Macht an sich gerissen hätten, dann sagt das mehr über ihn als über seine Gegner aus. Hätte er nämlich in den Spiegel geschaut, dann hätte ihm ein vergleichbar Krimineller entgegengeblickt.

Es wäre allerdings blauäugig, das Völkerrecht zum alleinigen Entscheidungskriterium zu erheben. In der Praxis spielen die tatsächlichen Machtverhältnisse und die Politik eine

wesentliche größere Rolle. Politik heißt Vernunft und Suche nach tragfähigen Lösungen. Das bedeutet zunächst, dass der Einsatz militärischer Kräfte durch Russland und die Aktivierung von F16-Kampfjets und AWACS-Aufklärungsflugzeugen durch die USA bzw. durch Deutschland definitiv falsche Antworten auf die Krise sind. Waffen sind kein Ersatz für notwendige Gespräche. Das bedeutet weiter, dass alle Kampagnen mit dem Ziel, den Kontrahenten zu diskreditieren, einzustellen sind. Es ist völlig sinnlos, den innerukrainischen Konflikt zu einem Kampf zwischen einer Westorientierung (verbunden mit Wohlstand, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte) und einer Ostorientierung (gleichbedeutend mit Abhängigkeit, Unfreiheit und wirtschaftlicher Misere) hochzustilisieren. Es geht nicht um Ost oder West, um gut oder böse, sondern allein um die beste Lösung für die ukrainischen, russischen und sonstigen Volksgruppen.

Leider stehen wir in puncto Konfliktmanagement derzeit vor einem Totalausfall. Außer Gewalt, Machtgehabe, Dampfgeplauder, Provokation und Heuchelei war wenig. Die Reisen von Steinmeier und Kollegen? Außer Spesen nichts gewesen.
Henry Kissinger sagte kürzlich, die Dämonisierung von Wladimir Putin sei keine Politik, sie sei ein Alibi für die Abwesenheit von Politik. Und weiter: „Die Ukraine-Frage wird viel zu oft als ein Showdown dargestellt: Geht das Land an den Westen oder an den Osten? Aber um zu überleben und sich zu entwickeln, darf die Ukraine niemandes Vorposten sein.“
Wo Kissinger Recht hat, hat er Recht. Die Welt braucht dringend Politiker, die den Weltfrieden über Hegemonialpolitik stellen.
Das Fehlen solcher Staatsmänner macht Sorgen, weit über die Krimkrise hinaus…

Anlage 2:

Ein Beispiel für die Manipulationen des Heute Journals

Das Heute Journal hat am Donnerstag endlich einmal über die rechten Tendenzen in der Ukraine berichtet. Dabei ist den Redakteuren ein gravierender Fehler unterlaufen, der allerdings die Gesamtbotschaft des Films, “alles nicht so schlimm mit den Rechten in der Ukraine“ stützt: Sie sagen, die Svoboda-Partei würde keine wichtigen Posten in der neuen Regierung bekleiden, nur Landwirtschaft und Umwelt, und unterschlagen einfach knallhart den Verteidigungsminister, der ebenfalls der Svoboda angehört.

Auch wird unterschlagen, dass nicht nur Linke in Europa die Svoboda als rechtsextrem und gefährlich einstufen, sondern auch die EU-Institutionen in einer Stellungnahme von letztem Jahr.

Anlage 3:

Die Einseitigkeit der deutschen Medien ist grauenhafter, als ich mir das in schlimmen Träumen hätte vorstellen können.

Ich höre regelmäßig Deutschlandfunk. Weil ich weiß, dass es auf anderen Sendern nicht besser ist, bleibt mir gar nichts anderes übrig. So muss ich mir die ständige militante Agitation von Sabine Adler, der Korrespondentin in Warschau, anhören. Oder Kommentare des Korrespondenten in Washington, Dr. Markus Pindur. Hören Sie sich diese Scharfmacherei an.

Zugegeben, es gibt gelegentlich etwas andere Einsprengsel, so zum Beispiel die Sendung „Kontrovers“ vom 3. März 2014. Offenbar war das zu russen-freundlich und musste eine Woche später ausgebügelt werden. Der Politologe Christian Hacke verschärfte den Ton der ehemaligen Außenministerin Clinton mit einem neuen Vergleich des Vorgehens Putins mit Hitler. Siehe hier: „Kontrovers“ am 10.3.2014.

Anlage 4:

Jetzt leistet Deutschland auch noch Entwicklungshilfe beim Einsatz von Umfragen zur Meinungsbildung

Auf den NachDenkSeiten haben wir immer wieder darauf verweisen müssen, wie die Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zur Stimmungsmache über eine angeblich fantastische Entwicklung des Konsums in Deutschland eingesetzt worden ist. Oft ohne ausreichende statistische Basis.
Jetzt ist die GfK auch in der Ukraine tätig. Und Spiegel Online hilft bei der Verbreitung der passenden Umfrageergebnisse:

14. März 2014, 15:51 Uhr
Umfrage zu Krim-Krise
Ukrainer wollen Gleichgewicht zwischen Russland und Westen
Die Ukrainer fordern mehrheitlich den Rückzug der russischen Truppen zu ihren Stützpunkten und international überwachte Wahlen. Laut einer aktuellen Umfrage befürworten nur 42 Prozent der Krim-Bewohner eine stärkere Ausrichtung auf Russland.
Quelle: SPIEGEL Online